

NACHRICHTEN

Ein Präsident sieht rot

Der philippinische Präsident Duterte hat der radikalen Linken den Krieg erklärt

Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte macht seit Amtsantritt Schlagzeile um Schlagzeile: Nach dem gnadenlosen Krieg gegen den Drogenhandel nimmt er nun die Linke ins Visier.

Von Rainer Werning

Einen politischen Zickzackkurs, gesäumt mit Schimpfkanonaden, hat er zu seinem Markenzeichen erkoren: Rodrigo R. Duterte. Seit dreizehn Monaten residiert er im Regierungspalast in Manila. Seinem Ruf wurde er auch während seiner am 24. Juli vorgetragenen zweiten Rede zur Lage der Nation (Sona) gerecht. Anstatt seinen Landsleuten Rechenschaft über die vergangenen zwölf Monate abzulegen und visionäre Blicke in die Zukunft zu lenken, ging er in seiner sich über zwei lange Stunden hinziehenden Rede gnadenlos mit Kritikern und Gegnern seines präsidentiellen Hauptprogramms, dem »erbarmungslosen Kampf gegen Drogen, Kriminalität und Korruption«, ins Gericht. Er schalt sie mehrfach »Hurensohne« oder fauchte sie mit einem »fuck you« an.

Groß war vor einem Jahr die Euphorie über Dutertes Wahlsieg und hochgesteckt waren die Erwartungen. Da hatte endlich ein Mann an der Spitze des Staates öffentlich verkündet, das Kontraktarbeitssystem und Vertreibungen städtischer Hausbesitzer zu beenden, Landlosen Grund und Boden in Aussicht zu stellen, der Umweltzerstörung durch raffigierere Bergwerksgesellschaften einen Riegel vorzuschieben und den zahlreichen im Ausland lebenden und arbeitenden Overseas Filipino Workers (OFW) größeren Schutz zu gewähren. Last but not least sollte nach knapp fünf Jahrzehnten bewaffneter Auseinandersetzungen endlich Frieden mit dem linken Untergrundbündnis der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (NDFP) herrschen. Immerhin brüstete sich Duterte häufig damit, selbst ein Linker zu sein und Mitte der 1960er José Maria Sison als Lehrer und Mentor gehabt zu haben. Der 78-jährige Sison war Ende Dezember 1968 Gründungsvorsitzender der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), saß von 1977 bis zum Marcos-Sturz Februar 1986 größtenteils in Isolationshaft und lebt seit annähernd 30 Jahren im niederländischen Utrecht im Exil, von wo aus er als politischer Chefberater der NDFP fungiert.

Tatsächlich kam es im August 2016 zu einer furiosen Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen. Seitdem fanden zwischen Emissären Dutertes und Vertretern der NDFP unter



Politik mit der Waffe: Rodrigo Duterte hält während einer Zeremonie der philippinischen Streitkräfte eine Pistole.

Foto: dpa/Aaron Favila

der Schirmherrschaft des norwegischen Außenministeriums vier Gesprächsrunden in Oslo, Rom und im holländischen Seebad Nordwijk aan Zee statt. Dort auch sollte Ende Mai im Rahmen der fünften Verhandlungsrunde ein erster Durchbruch er-

zielt sowie ein gemeinsames Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet werden. Doch am 23. Mai verhängte Duterte für die Dauer von zunächst 60 Tagen das Kriegsrecht über den gesamten Süden, das mittlerweile bis zum 31. Dezember verlängert

wurde. Die Guerillaorganisation der NDFP, die Neue Volksarmee (NPA), reagierte prompt und kündigte an, taktische Offensiven gegen die Regierungstruppen zu intensivieren.

So folgte der Friedenseuphorie jäh martialisches Geheul. In seiner Sona ging Duterte namentlich auf Sison ein und nannte ihn einen »Rüpel«, der unter Darmkrebs leide. »Gegen die Kommunisten«, so der Präsident weiter, werde er notfalls »weitere fünf Jahrzehnte kämpfen« und Schulen von Indigenen im Süden bombardieren lassen, die er für »Brutstätten der NPA« hält. Seit Dienstag vergangener Woche eskaliert die Duterte-Sison-Fehde in einer Weise, dass sie selbst in Manilas Tageszeitungen hohe Wellen schlägt. Mal forderte der Präsident Sison auf, »Selbstmord zu begehen«, da er ohnehin unheilbar krank sei, mal mahnte er ihn, schleunigst zurückzukehren, anstatt weiterhin als »Feigling Annehmlichkeiten im niederländischen Exil« zu genießen. Über Facebook und in Interviews mit philippinischen Medien fuhr Sison Retourkutsch. Dem Präsidenten empfahl er »professionelle psychiatrische Behandlung« und bezeichnete ihn wegen des Gebrauchs von Fentanyl, eines Starkschmerzen lindernenden Opioids, als »Drogensüchtigen Nr. 1 im Lande«. Nur so sei Dutertes außer Kontrolle geratener »Antidrogenkrieg« mit »straffreien außergerichtlichen Hinrichtungen durch Polizeikräfte und Todesschwadronen« zu erklären.

Übers Wochenende wies Duterte die noch zur Jahreswende von ihm als »korrupt bis aufs Mark« gescholtene Nationalpolizei an, sich für einen harten Waffengang gegen die NPA zu rüsten. Gleichzeitig kündigte er an, die staatliche Menschenrechtskommission zu schließen und »seine Soldaten und Polizisten« bei Fehlverhalten oder Anhörungen nur dann vor Gerichten erscheinen zu lassen, wenn dies eigens präsidential abgesegnet sei. Im politischen Manila gelten NPAs mittlerweile als »Banditen und kriminelle Erpresser«. Sie stünden nach der Niederschlagung der dschihadistischen Abu Sayyaf- und Maute-Gruppen im südlichen Marawi City im Visier des aktuellen Aufstandsbekämpfungsplans Kapayapan (Operationsplan Frieden). Bereits 60 Ex-Offizieren aus Polizei und Armee hat der Präsident Posten in Bürokratie und Verwaltung sowie im diplomatischen Korps zugeschanzt. Der »Antidrogenkrieg« soll ausgeweitet und von einem international besser präsentierbaren »Feldzug gegen den Terror(ismus)« flankiert werden. #

Trumps Tollhaus

Pöbler Scaramucci geht, neue Probleme drohen

Von Olaf Standke

Das war eines der kürzesten Gastspiele in den Amtsräumen des Weißen Hauses: Nach gerade einmal zehn Tagen als Kommunikationschef von US-Präsident Donald Trump hat Anthony Scaramucci jetzt seinen Stuhl geräumt. Er wolle dem neuen Stabschef John Kelly einen sauberen Neuanfang ermöglichen und Gelegenheit geben, ein eigenes Team zusammenzustellen, hieß es offiziell. Die »New York Times« und die Internetplattform »Politico« berichteten dagegen, dass der am Montag vereidigte Ex-General umgehend die Entlassung des früheren Wall-Street-Bankers verlangt habe. Präsidentensprecherin Sarah Sanders erklärte schließlich, Scaramucci sei wegen seiner vulgären Äußerungen zu ranghohen Mitarbeitern des Weißen Hauses entlassen worden. Der Präsident habe sie für unangemessen gehalten und dem neuen Stabschef eine solche Bürde nicht auferlegen wollen. Soll Kelly doch endlich Zucht und Ordnung in der Washingtoner Machtzentrale durchsetzen. An welchen unflätigen Äußerungen der selbst nicht gerade zimperliche Trump Anstoß nahm, wollte seine Sprecherin aber nicht verraten. Scaramucci hatte u.a. Kelly-Vorgänger Reince Priebus und Trumps Chefstrategen Steve Bannon wüst attackiert.

Seit Amtsbeginn kämpft Trump mit den Folgen seiner katastrophalen Personalpolitik. Schon nach wenigen Wochen musste der Nationale Sicherheitsberater Michael Flynn gehen, weil er falsche Angaben zu seinen Moskauer Kontakten gemacht hatte. Zuletzt

»Ein großartiger Tag im Weißen Haus!«

US-Präsident Trump nach der Entlassung seines Kommunikationschefs

war auch Trumps Pressesprecher Sean Spicer zurückgetreten, aus Protest gegen Scaramuccis Anstellung. Andere wichtige Mitarbeiter sind im Dunstkreis der Russland-Affäre ebenfalls stark unter Druck geraten, darunter Justizminister Jeff Sessions und Trumps Schwiegersohn Jared Kushner, einer der einflussreichsten Berater.

Nun stellt sich heraus, dass der Präsident höchstselbst für eine irreführende und unvollständige Stellungnahme seines Sohnes Donald über die Russland-Kontakte des Trump-Teams im Wahlkampf verantwortlich ist. Wie die »Washington Post« am Dienstag berichtete, habe Trump sen. persönlich dessen Erklärung zu einem Treffen im Juni 2016 mit der russischen Anwältin Natalia Weselnikzka diktiert. Mit der Affäre befassten sich FBI, Kongressausschüsse und Sonderermittler Robert Mueller, wobei sogar der Vorwurf der Justizbehinderung durch den Präsidenten im Raum steht. Mit ihr werden auch die vom US-Kongress beschlossenen Sanktionen gegen Russland legitimiert.

Nachdem das Rollback der Gesundheitsreform von Barack Obama im Kongress nach mehreren Anläufen wohl endgültig gescheitert ist, droht Trump nun auch eine neue politische Schlappe. Nach Einschätzung des einflussreichen Vorsitzenden des Finanzausschusses im Senat, Orrin Hatch, werde man seine Zielmarke für eine Steuerentlastung von US-Firmen deutlich verfehlen. Trump hatte im Wahlkampf eine Absenkung der Körperschaftsteuer von derzeit 35 auf 15 Prozent versprochen. Doch schon 25 Prozent wären so etwas wie ein Wunder, so Hatch. Und selbst das dürfte den Staat nach Berechnungen unabhängiger Experten Billionen Dollar an Einnahmen kosten.

Pakistan: Nachfolger von abgesetzten Premier Sharif gewählt

Islamabad. Ein langjähriger Vertrauter von Ex-Premier Nawaz Sharif ist in Pakistan zum Interims-Ministerpräsidenten gewählt worden. 221 Abgeordnete stimmten am Dienstag in der Nationalversammlung für Shahid Khaqan Abbasi, den bisherigen Minister für Petroleum und Natürliche Ressourcen, wie Parlamentspräsident Ayaz Sadiq mitteilte. Nawaz Sharif war am Freitag vom Obersten Gericht des Landes wegen Korruptionsverdachts seines Amtes enthoben worden. dpa/nd

Asylsuchende schaffen Flucht nach Ceuta

Madrid. Etwa 200 Migranten haben versucht, den Grenzzaun zwischen Marokko und der spanischen Exklave Ceuta zu überwinden. Wie spanische Behörden am Dienstag mitteilten, gelang dabei 73 Asylsuchenden die Flucht nach Ceuta. Demnach wurden bei dem Vorfall 18 Menschen leicht verletzt, darunter 15 Migranten und drei Polizisten. Immer wieder versuchen Flüchtlinge über die beiden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika EU-Boden zu erreichen. AFP/nd

Viele tote afghanische Sicherheitskräfte

Kabul. Afghanische Soldaten und Polizisten sterben im Krieg mit den radikalislamischen Taliban weiter in dramatischem Ausmaß. Allein in den ersten vier Monaten des Jahres seien 2531 Mitglieder der Sicherheitskräfte getötet und 4238 verletzt worden, heißt es in einem am Dienstag veröffentlichten Bericht des Spezialinspektors des US-Senats für den Wiederaufbau in Afghanistan, John Sopko. Diese Zahlen seien auf nahezu gleicher Höhe wie die Opferzahlen in den ersten vier Monaten des vergangenen Jahres. dpa/nd

Indien tötet führenden Rebellenkommandeur

Srinagar. Bei einem nächtlichen Großeinsatz in der Krisenregion Kaschmir haben indische Sicherheitskräfte nach eigenen Angaben einen führenden Rebellenkommandeur getötet. Indiens Polizei bezeichnete am Dienstag die Tötung von Abu Dajana, einem Führungsmitglied der muslimischen Gruppierung Lashkar-e-Taiba, als »großen Erfolg«. Die in Pakistan ansässige Gruppierung kämpft gegen Indiens Vorherrschaft in der mehrheitlich muslimischen Himalaja-Region, Indien macht sie für zahlreiche Anschläge verantwortlich. AFP/nd

Neuseeland: Labour-Chef Little tritt zurück

Wellington. Wenige Wochen vor der Parlamentswahl in Neuseeland hat Oppositionsführer Andrew Little seinen Rücktritt erklärt. Der bisherige Chef der sozialdemokratischen Labour Party begründete seinen überraschenden Abgang mit den schlechten Umfragewerten seiner Partei. Die Nachfolge übernahm die Abgeordnete Jacinda Ardern. In dem Pazifikstaat wird am 23. September ein neues Parlament gewählt. dpa/nd

Vietnam lässt Ex-Kader verhaften

Hanoi. In Vietnam ist ein ehemaliger Führungskader der Kommunistischen Partei nach fast einem Jahr internationaler Suche verhaftet worden. Der Ex-Funktionär Trinh Xuan Thanh, der sich längere Zeit in Deutschland aufgehalten haben soll, stellte sich nach Angaben der Polizei am Montagabend (Ortszeit) selbst den Behörden. Dem 51-Jährigen wird zur Last gelegt, als Chef einer Tochterfirma des staatlichen Öl- und Gaskonzerns PetroVietnam für Verluste von umgerechnet etwa 125 Millionen Euro verantwortlich zu sein. dpa/nd

Spanien zieht alle Register gegen Katalonien

Verfassungsgericht untersagt Unabhängigkeitsvorbereitungen und droht mit Haftstrafen

Das spanische Verfassungsgericht hat dem in Katalonien geplanten Unabhängigkeitsreferendum einen Riegel vorgeschoben. Die Regionalregierung in Barcelona zeigt sich unbeeindruckt.

Von Ralf Streck, San Sebastián

»Die spanische Regierung hat noch nicht verstanden, dass sie den Willen der Bevölkerung in Katalonien, über die eigene Zukunft selbst zu entscheiden, nicht auslöschen kann.« Das hat die Präsidentin des katalanischen Parlaments, Carme Forcadell, am Dienstag im britischen »Daily Express« erklärt. Keine »repressive oder juristische Aktion« könne das geplante Unabhängigkeitsreferendum am 1. Oktober stoppen.

Forcadell reagierte auf einen Beschluss des Verfassungsgerichtes. Das hatte am Montag auf Antrag der rechten Zentralregierung der Volkspartei (PP) eiligst eine Verfassungsklage angenommen und einen Beschluss des katalanischen Parlaments ausgesetzt. Die Richter wurden aus dem Urlaub geholt und sollen auch im August Gehört und sollen auch im August Gehört und sollen auch im August Gehört

Mit dem Referendum direkt hatte der Parlamentsbeschluss in Kataloni-

en vergangene Woche nichts zu tun. Das Parlament hatte allgemein sein Reglement geändert, damit Gesetze auch im Eilverfahren mit einer Lesung beschlossen werden können. Indirekt geht es dabei vor allem darum, dass Katalonien so seine Abtrennung von Spanien in nur zwei Tagen erklären kann, wenn sich beim Referendum eine Mehrheit dafür ergibt.

Solche Eilverfahren sind in Deutschland und in Spanien üblich. So wurden in Berlin so zum Beispiel Rettungspakete beschlossen. Sogar der Bundesrat stimmte noch am gleichen Tag zu. In Spanien wurde damit vor drei Jahren der Übergang des Throns von König Juan Carlos auf seinen Sohn Felipe durchs Parlament gepeitscht, um eine Debatte über die Rückkehr zur Republik zu verhindern. Die Monarchie war vom Diktator Franco restauriert worden. Franco kürte Juan Carlos zum Nachfolger als Staats- und Militärführer.

Was in Madrid normal ist, soll in Katalonien »grob verfassungswidrig« sein. Das hatte Regierungschef Mariano Rajoy (PP) den höchsten Richtern erklärt, als er am Freitag die Klage angekündigt hatte. Es werde »auf keinen Fall« ein Referendum geben, kündigte Rajoy an. In Eilverfahren

zielt sowie ein gemeinsames Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet werden. Doch am 23. Mai verhängte Duterte für die Dauer von zunächst 60 Tagen das Kriegsrecht über den gesamten Süden, das mittlerweile bis zum 31. Dezember verlängert

Das Gesetz zum Referendum wurde dagegen erst am Montag auf den Weg gebracht. Es soll erst im September verabschiedet werden. Der Entwurf wurde diplomatischen Vertretungen verschiedener Länder mit der Hoffnung zugeschickt, eine »politische Lösung« zu finden. Verwiesen

Die Zentralregierung setzt auch im postfaschistischen Spanien auf Repression.

wird darin gleich zu Beginn auf den »Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte«. Der wurde von den Vereinten Nationen 1966 beschlossen und gilt auch in Spanien, weil es ihn nach der Diktatur 1977 ratifiziert hat. Und das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist darin als Menschenrecht verankert.

Auf dieser Basis und sollte es eine Lösung geben, wie in Großbritannien oder Kanada, wo in Schottland und